

Roger Engelmann /
Ilko-Sascha Kowalczyk (Hg.)

Volkserhebung gegen den SED-Staat

Eine Bestandsaufnahme
zum 17. Juni 1953

Analysen und Dokumente

≡book

Vandenhoeck & Ruprecht

V&R

Analysen und Dokumente

Band 27

Wissenschaftliche Reihe der Bundesbeauftragten für die
Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik (BStU)

Vandenhoeck & Ruprecht

© 2011, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
ISBN Print: 9783525350041 — ISBN E-Book: 9783647350042

Roger Engelmann / Ilko-Sascha Kowalczyk (Hg.)

Volkserhebung gegen den SED-Staat

Eine Bestandsaufnahme zum 17. Juni 1953

Vandenhoeck & Ruprecht

© 2011, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
ISBN Print: 9783525350041 — ISBN E-Book: 9783647350042

Umschlagabbildung: Demonstranten mit schwarz-rot-
goldenen Fahnen und sowjetische Panzer. Ostberlin, 17. Juni 1953.
© Bundesbildstelle Berlin, Bild-Nr. 25 658.

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

ISBN 3-525-35004-X

© 2005, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen. / www.v-r.de
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen
schriftlichen Einwilligung des Verlages. Hinweis zu § 52a UrhG: Weder das Werk noch
seine Teile dürfen ohne vorherige schriftliche Einwilligung des Verlages öffentlich zu-
gänglich gemacht werden. Dies gilt auch bei einer entsprechenden Nutzung für Lehr-
und Unterrichtszwecke. Printed in Germany.

Druck und Bindung: Hubert & Co., Göttingen

Umschlagkonzept: Groothuis, Lohfert, Consorten, Hamburg

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

© 2011, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
ISBN Print: 9783525350041 — ISBN E-Book: 9783647350042

Inhalt

Volkserhebung gegen den SED-Staat Einführende Bemerkungen	7
--	---

DER AUFSTAND

<i>Gerhard A. Ritter</i> Der »17. Juni 1953« Eine historische Ortsbestimmung	16
<i>Karl Wilhelm Fricke</i> »17. Juni 1953« – Vorgeschichte und Verlauf.....	45
<i>Torsten Diedrich</i> Waffen gegen das Volk – oder – Macht und Ohnmacht des Militärs Neue Aspekte zur Niederschlagung des Volksaufstandes	58
<i>Manfred Rexin</i> Zur Rolle Westdeutschlands und West-Berlins am 16./17. Juni 1953	84

DIE INTERNATIONALE DIMENSION

<i>Gerhard Wettig</i> Die Sowjetunion und die Krise der DDR im Frühjahr und Sommer 1953.....	92
<i>Jiří Pernes</i> Arbeiterunruhen in der Tschechoslowakei im Jahre 1953.....	124
<i>Andrzej Malkiewicz, Krzysztof Ruchniewicz</i> Polnische Reaktionen auf den Aufstand in der DDR	134

DER REPRESSIONSAPPARAT IN DER KRISE

<i>Helmut Müller-Enbergs</i> »Der Tag X hat nicht stattgefunden« Wirken und Sturz Wilhelm Zaisers (1945–1953)	146
<i>Tobias Wunschik</i> Die Befreiung der Gefangenen im Juni 1953	175
<i>Ilko-Sascha Kowalczyk</i> »Energisches ›Handeln‹ erfordert die besondere Lage« Politische Strafverfolgung vor und nach dem »17. Juni 1953«.....	205

Roger Engelmann

- Das Juni-Trauma als Ausgangspunkt sicherheitspolizeilicher Expansion?
Zur Entwicklung der Repressionsapparate nach dem 17. Juni 1953 235

SOZIALE UND REGIONALE DIMENSIONEN

Christoph Kleßmann

- Konfliktbereitschaft in der Arbeiterschaft 251

Arnd Bauerkämper

- Keine Ruhe auf dem Lande
Formen abweichenden Verhaltens in dörflich-agrarischen Milieus
im Sommer 1953 263

Burghard Ciesla

- Der 17. Juni 1953 auf dem Land
Bauern zwischen Abwarten und Aufbegehren 298

Hans-Peter Löhn

- Der Aufstand im Bezirk Halle – ein Vergleich zweier Aufstandszentren..... 312

Heidi Roth

- Der 17. Juni 1953 in Sachsen: Die Erstürmung der
MfS-Kreisdienststellen in Görlitz und Niesky..... 325

DER JUNI-AUFSTAND IN DER KOLLEKTIVEN ERINNERUNG

Bernd Eisenfeld

- Der »17. Juni« – das doppelte Trauma: Machthaber und Opposition..... 349

Ehrhart Neubert

- Intellektuelle Bewältigung in Politik, Wissenschaft und Literatur..... 378

Edgar Wolfrum

- Ein ungebetener Erinnerungsort?
Der 17. Juni 1953 im nationalen Gedächtnis der
Bundesrepublik Deutschland 414

Walter Süß

- Von der Ohnmacht des Volkes zur Resignation der Mächtigen
Ein Vergleich des Aufstands 1953 mit der Revolution von 1989 426

Anhang

- Abkürzungen..... 463
Personenregister 466
Ortsregister 471
Angaben zu den Autoren..... 474

Volkserhebung gegen den SED-Staat

Einführende Bemerkungen

Nach langer Marginalisierung des Themas »17. Juni« setzte bald nach dem politischen Umbruch 1989/90 eine intensive Beschäftigung mit diesem bedeutenden Ereignis der deutschen Nachkriegsgeschichte ein. Auf der Basis nunmehr zugänglicher DDR-Akten entstanden in den neunziger Jahren zahlreiche neue Forschungen.¹ Gleichzeitig eroberte sich die Juni-Erhebung einen festen Platz in der gesamtdeutschen Erinnerungskultur. Im Jubiläumsjahr 2003 kam es zu einem regelrechten »Erinnerungsboom« (Wolfrum)² und zu einer Welle größerer und kleinerer Publikationen³. Das mittlerweile kaum noch zu überblickende Schrifttum ist in verschiedenen Literaturberichten gewürdigt worden.⁴ Dies soll an dieser Stelle nicht wiederholt werden, vielmehr werden – mit Bezug auf die einzelnen Beiträge des Bandes – zentrale Forschungsfragen skizziert und einige Forschungsperspektiven herausgearbeitet.

Es besteht inzwischen weitgehender Konsens darüber, dass neben grundlegenden ökonomischen und politischen Defiziten, die schon vor 1952 bestanden,⁵ die brutale Politik des »planmäßigen Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus« nach der 2. SED-Parteikonferenz und deren abrupte Rücknahme durch den »Neuen

1 Vgl. u. a. Diedrich, Torsten: Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk. Berlin 1991; Mitter, Armin; Wolle, Stefan: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte. München 1993, S. 27–162; Kowalczyk, Ilko-Sascha; Mitter, Armin; Wolle, Stefan (Hg.): Der Tag X – 17. Juni 1953. Die »innere Staatsgründung« der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54. Berlin 1995; Roth, Heidi: Der 17. Juni 1953 in Sachsen. Mit einem einleitenden Kapitel von Karl Wilhelm Fricke. Köln u. a. 1999. Zu weiteren Arbeiten siehe die in Anm. 4 genannten Literaturberichte.

2 Wolfrum, Edgar: Neue Erinnerungskultur? Die Massenmedialisierung des 17. Juni 1953. In: APuZ (2003)40–41, S. 33–39.

3 Agethen, Manfred: Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR: Die wichtigste Literatur des Jahres 2003. In: Historisch-politische Mitteilungen 11 (2004), S. 351–370.

4 Diedrich, Torsten: Zwischen Arbeitererhebung und gescheiterter Revolution in der DDR. Retrospektive zum Stand der zeitgeschichtlichen Aufarbeitung des 17. Juni 1953. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1994, S. 288–305; Mitter, Armin: Der Tag X und die »Innere Staatsgründung« der DDR. In: Kowalczyk; Mitter; Wolle (Hg.): Der Tag X (Anm. 1), S. 9–30; Wentker, Hermann: Arbeiteraufstand, Revolution? Die Erhebung von 1953 und 1989/90 in der DDR: ein Vergleich. In: DA 34 (2001) 3, S. 385–397; Kowalczyk; Ilko-Sascha: 17. Juni 1953 – Arbeiteraufstand, Volksaufstand, Revolution. Aufstandsgeschichte, Forschungskontroversen und Erinnerungskultur. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 39 (2003) 1, S. 1–36; Ders.: Die gescheiterte Revolution – »17. Juni 1953«. Forschungsstand, Forschungskontroversen und Forschungsperspektiven. In: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 606–664; Bispink, Henrik u. a.: Krisen und Aufstände im realen Sozialismus. Einleitung. In: Dies. (Hg.): Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus. Berlin 2004, S. 9–22.

5 Diese betont etwa Karl Wilhelm Fricke in seinem Beitrag in diesem Band.

Kurs« am 9. Juni 1953 die entscheidenden Gründe für den Ausbruch des Aufstandes waren. Militarisierung und einseitige Förderung der Schwerindustrie zu Lasten des Konsums, forcierte gesellschaftliche Umgestaltungspolitik gegen den gewerblichen und bäuerlichen Mittelstand, ein verstärkter Kirchenkampf sowie eine erhebliche allgemeine Steigerung der Repression und Disziplinierung, die in den ersten Monaten des Jahres 1953 Züge eines Amoklaufes annahm, bündelten sich zu einem genuin stalinistischen Generalangriff gegen die Gesellschaft, einen »totalen sozialen Krieg« (Werkentin)⁶ gegen alle Schichten der Bevölkerung.⁷ Sichtbare Hauptfolge war eine starke Zunahme der Abwanderung aus der DDR, die – nach Stalins Tod – von der neuen sowjetischen Führung mit zunehmender Sorge betrachtet wurde. Die Vorgänge in der sowjetischen Führung, die zum abrupten Kurswechsel führten, können mittlerweile als gut erforscht gelten.⁸ Weithin unbestritten ist auch die Tatsache, dass diese plötzliche politische Kehrtwendung von der Bevölkerung als Bankrotterklärung aufgefasst wurde und den SED-Parteiparat am Vorabend des »17. Juni 1953« verunsicherte und lähmte. Die politischen Fehler der SED-Führung beim Umgang mit der Normenfrage bildeten lediglich den Anlass, der zur Entladung des angestauten Konfliktpotenzials führte.

Der Partei- und Gewerkschaftsapparat, aber auch die Polizei- und Geheimdienstorgane und die sowjetischen Stellen wurden von der Dimension des Geschehens am 17. Juni vollkommen überrascht. Die Einsatzplanung am 16. Juni lässt klar erkennen, dass eine Zuspitzung der Lage allenfalls für Berlin erwartet wurde,⁹ was nicht zuletzt ideologische Gründe hatte: Von Anfang an galten »Drahtzieher« aus den Westsektoren der Stadt als Urheber der Unruhen. Die Möglichkeit einer spontanen Eskalation und Politisierung der Arbeiterproteste nach der Rücknahme der Normenerhöhung hatte in der Vorstellungswelt der Funktionäre keinen Platz. Eindeutig sind inzwischen auch die Befunde der Forschung hinsichtlich der eher zurückhaltenden polizeilichen und militärischen Einsatzpraxis, die auf zentrale sowjetische Vorgaben zurückging.¹⁰

Bis zum heutigen Tage wird die Einordnung der Erhebung als Arbeiter- oder Volksaufstand kontrovers diskutiert. Nachdem in der alten Bundesrepublik spätestens ab den sechziger Jahren die Arbeiterschaft als Akteur im Zentrum der wissenschaftlichen Betrachtung des »17. Juni« stand,¹¹ rückten nach 1990 auch

6 Werkentin, Falco: Der totale soziale Krieg. Auswirkungen der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2002, S. 23–54.

7 Zur Strafpolitik der SED in dieser Phase siehe den Beitrag von Ilko-Sascha Kowalczyk in diesem Band.

8 Vgl. den Beitrag von Gerhard Wettig in diesem Band.

9 Vgl. den Beitrag von Torsten Diedrich in diesem Band.

10 Vgl. ebenda.

11 Baring, Arnulf: Der 17. Juni 1953. Bonn 1957 (4. Aufl. 1959); Ders.: Der 17. Juni 1953. Köln, Berlin 1965 (3., durchges. Aufl. 1966), aber auch Spittmann, Ilse; Fricke, Karl Wilhelm (Hg.): 17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR. Köln 1982, hier vor allem der Einleitungsbeitrag von Karl Wilhelm

andere soziale Gruppen in das Interesse der Forschung.¹² Eine wichtige Rolle spielten dabei Lokal- und Regionalstudien.¹³ Obwohl inzwischen mit Blick auf die heterogene soziale Basis und die allgemeinpolitischen Forderungen der Erhebung die Mehrheit der Autoren von einem Volksaufstand spricht, ist das große Gewicht der Arbeiterschaft im Aufstandsgeschehen unübersehbar.¹⁴ Überwiegend waren Großbetriebe oder Großbaustellen Ausgangspunkte des Protestes, Betriebsbelegschaften bildeten den Kern der Demonstrationen, arbeiterspezifische ökonomische Forderungen spielten durchweg eine erhebliche Rolle, und nicht zuletzt bildeten Arbeiter unter den Verhafteten und Verurteilten die weitaus größte Gruppe.¹⁵ Charakteristisch für den »17. Juni« ist durchaus auch eine gewisse plebejische Tendenz, die in Protesten gegen die Privilegien der Intelligenz ihren Ausdruck fand – etwa in Forderungen nach Senkung der Angestelltengehälter.¹⁶ Ob hier Traditionen der (sozialdemokratischen) Arbeiterbewegung eine entscheidende Rolle spielten, wie schon zeitgenössische Deutungen nahe legten,¹⁷ oder ob Konfliktformen und -inhalte sich primär aus den spezifischen Verhältnissen realsozialistischer Produktion und Herrschaft entwickelten, ist nach wie vor ein offenes Forschungsproblem.¹⁸ Empirisch-systematische Studien beispielsweise zur Rolle und Zusammensetzung betrieblicher Streikleitungen oder zu den betrieblichen Forderungskatalogen stehen noch aus. In diesem Zusammenhang ist auch die Frage von Bedeutung, ob der »17. Juni« nicht adäquater im Kontext der

Fricke (S. 5–22) sowie Ewers, Klaus; Quest, Thorsten: Die Kämpfe der Arbeiterschaft in den volkseigenen Betrieben während und nach dem 17. Juni. In: ebenda, S. 23–69.

12 Vgl. Kowalczuk; Mitter; Wolle (Hg.): Der Tag X (Anm. 1).

13 Vgl. Roth: Der 17. Juni 1953 in Sachsen (Anm. 1).

14 Vgl. den Beitrag von Gerhard A. Ritter in diesem Band.

15 Nach Teilzahlen von Beier waren 65,2 % der Inhaftierten Arbeiter. Vgl. Beier, Gerhard: Wir wollen freie Menschen sein. Der 17. Juni 1953: Bauleute gingen voran. Frankfurt/M. 1993, S. 19. Unter den 1 240 bis zum 5.10.1953 wegen ihrer Beteiligung am Juni-Aufstand Verurteilten waren sogar 1 090 (= 87,9 %) Arbeiter. Vgl. Werkentin, Falco: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Berlin 1995, S. 158 f.

16 So geschehen etwa im VEB Köpenicker Yachtwerft. Vgl. Fricke, Karl Wilhelm; Engelmann, Roger: Der »Tag X« und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat. Bremen 2003, S. 54; vgl. allgemein Kowalczuk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961. Berlin 2003, S. 531.

17 Zur politischen Funktion solcher »sozialdemokratischen« Deutungen in den fünfziger Jahren vgl. den Beitrag von Edgar Wolfrum in diesem Band.

18 Vgl. die Beiträge von Gerhard A. Ritter und Christoph Kleßmann in diesem Band, die diese Traditionslinien betonen. Ähnlich Ewers; Quest: Die Kämpfe der Arbeiterschaft (Anm. 11), S. 32 f. Dagegen stellt Baring mit Bezug auf die entsprechende These von Willy Brandt (Arbeiter und Nation. Bonn 1954, S. 36) infrage, dass »Kernschichten der alten Arbeiterbewegung« die Ereignisse des 17. Juni irgendwie nachweisbar beeinflusst hätten«. Vgl. Baring: 17. Juni (Anm. 11), S. 80. Zu den genuin realsozialistischen Ursprüngen des Konfliktpotenzials in der DDR-Arbeiterschaft vgl. die marxistisch argumentierende, empirisch solide Studie von Sarel, Benno: La classe ouvrière d'Allemagne orientale. Essai de chronique (1945–1958). Paris 1958. Deutsche Übersetzung: Arbeiter gegen den »Kommunismus«. Zur Geschichte des proletarischen Widerstandes in der DDR (1945–1958). München 1975. Zusammenfassend Kowalczuk, Ilko-Sascha; Mitter, Armin: »Die Arbeiter sind zwar geschlagen worden, aber sie sind nicht besiegt!« Die Arbeiterschaft während der Krise 1952/53. In: Kowalczuk; Mitter; Wolle (Hg.): Der Tag X (Anm. 1), S. 31–74.

politisch-sozialen Konflikte in den anderen Ostblockländern als unter einer nationalgeschichtlichen Perspektive zu betrachten ist. Schon die zeitgenössischen Bezüge etwa zum Pilsener Aufstand und zu den Reaktionen in der polnischen Bevölkerung verdeutlichen die gemeinsamen, spezifisch »realsozialistischen« Problemlagen und Konfliktstrukturen.¹⁹

Erst in jüngerer Zeit ist die Rolle der Bauernschaft stärker ins Blickfeld der Forschung geraten.²⁰ Die privaten Mittel- und Großbauern gehörten zu den Hauptleidtragenden der Umgestaltungspolitik nach der 2. SED-Parteikonferenz und der damit einhergehenden justiziellen Repression. Es kann daher kaum verwundern, dass der Politbürobeschluss vom 9. Juni 1953, der gerade im Bereich der Landwirtschaft eine besonders extreme politische Kehrtwendung vollzog, die ländlichen Verhältnisse in Bewegung setzte. Unter Berufung auf den »Neuen Kurs« verlangten die geschurigelten Bauern die Einsetzung in ihre alten Rechte; die Funktionäre gerieten in die Defensive. Geringe Bevölkerungsdichte und schwierige Kommunikationsbedingungen führten jedoch dazu, dass die Konflikte auf dem flachen Lande an den Aufstandstagen gleichwohl nur selten das Niveau der industriellen Zentren erreichten – wenn man von Ausnahmen wie in Jessen und Mühlhausen absieht. Dafür blieb die Konfliktbereitschaft der Bauern für längere Zeit auf hohem Niveau; die Stellung der SED auf dem Lande war nachhaltig erschüttert.²¹

In den Städten verlief die Erhebung grundsätzlich nach folgendem Schema: Die Demonstrationen nahmen ihren Ausgang in Großbetrieben und bestanden zunächst aus den jeweiligen Belegschaften, das heißt vorwiegend aus Arbeitern, aber teilweise auch aus Vertretern der technischen Intelligenz. Bei ihrem Marsch in die Zentren der Städte gesellten sich Angehörige anderer sozialer Schichten hinzu, sodass die soziale Zusammensetzung der Aufstandsbewegung heterogener wurde. Dort, wo es im Laufe des 17. Juni zu einer Verfestigung revolutionärer Organisationsstrukturen kam wie in Bitterfeld oder Görlitz, ist sogar ein starkes Gewicht bürgerlicher Wortführer zu erkennen.²²

Ein anderer in die Volkserhebung mündender Handlungsstrang entwickelte sich von vornherein in einem soziologisch unspezifischen Kontext: Von der harten und vielfach willkürlichen strafrechtlichen Repression der vergangenen Mo-

19 Vgl. die Beiträge von Jiří Pernes sowie Andrzej Małkiewicz/Krzysztof Ruchniewicz in diesem Band.

20 Grundlegend Mitter, Armin: »Am 17.6.1953 haben die Arbeiter gestreikt, jetzt aber streiken die Bauern.« Die Bauern und der Sozialismus. In: Kowalczyk; Mitter; Wolle (Hg.): Der Tag X (Anm. 1), S. 75–128.

21 Vgl. die Beiträge von Arnd Bauerkämper und Burghard Ciesla in diesem Band. Umfassend zum Kontext Bauerkämper, Arnd: Ländliche Gesellschaft in der Diktatur. Zwangsmodernisierung und Tradition in Brandenburg 1945–1963. Köln u. a. 2002.

22 Vgl. den Beitrag von Hans-Peter Löhn in diesem Band. Außerdem Roth: Der 17. Juni 1953 in Sachsen (Anm. 1), S. 281 f.

nate waren alle sozialen Schichten betroffen,²³ entsprechend heterogen dürfte auch die Zusammensetzung der Menschenansammlungen gewesen sein, die sich nach dem 11. Juni vor den Haftanstalten bildeten, um die von den Machthabern angekündigten Haftentlassungen einzufordern – eine Bewegung, die sich am 17. Juni vielfach zu einem Sturm auf die Haftanstalten und gewaltsamen Gefangenbefreiungen steigerte.²⁴

Die Rolle der Intelligenz am 17. Juni ist ausgesprochen diffus.²⁵ Am ausgeprägtesten war die Beteiligung am Aufstand wohl bei der technischen Intelligenz, was wohl vorwiegend auf den engen Kontakt zu den Produktionsarbeitern zurückzuführen ist. Deutliche Sympathien für die Aufständischen sind auch bei der medizinischen Intelligenz erkennbar. Bei der pädagogischen und universitären Intelligenz ist das Bild zwiespältig, während bei der literarisch-künstlerischen Intelligenz, die als überwiegend SED-nah betrachtet werden muss, eine mehr oder weniger ausgeprägte Ablehnung der Bewegung vorherrschte, die sich unter anderem in der vollständigen oder partiellen Übernahme der parteioffiziellen Deutung vom faschistischen Charakter der Erhebung und der westlichen Steuerung äußerte.²⁶

Die Frage, ob es sich beim »17. Juni« lediglich um einen Aufstand oder um eine gescheiterte Revolution handelte, soll hier nur kurz angesprochen werden. Letztlich hängt es von der Definition des Revolutionsbegriffs ab, ob er auf die Juni-Ereignisse des Jahres 1953 anzuwenden ist oder nicht. Die enorme geografische Ausbreitung und die starke Mobilisierung der Bevölkerung, der systemsprengende Charakter der politischen Forderungen und die rasante Dynamik des Machtverfalls in zahlreichen Aufstandszentren können als Argumente für den Terminus Revolution ins Feld geführt werden.²⁷ Dagegen spricht die Tatsache, dass der Juni-Aufstand sich weitgehend spontan entwickelte und in der kurzen Zeitspanne bis zu seiner Niederschlagung nur ganz vereinzelt und ansatzweise mit der Institutionalisierung revolutionärer Gegenmacht einherging²⁸ – die Ausnahmefälle Bitterfeld und Görlitz wurden in anderem Zusammenhang schon angesprochen. Es ist daher die salomonische Charakterisierung »Volksaufstand mit

23 Zur strafrechtlichen Repression in der Phase vor dem 17. Juni 1953 vgl. den Beitrag von Ilko-Sascha Kowalczyk in diesem Band.

24 Vgl. den Beitrag von Tobias Wunschik in diesem Band.

25 Vgl. hierzu Kowalczyk, Ilko-Sascha: Volkserhebung ohne »Geistesarbeiter«? Die Intelligenz in der DDR. In: Kowalczyk, Mitter; Wolle (Hg.): Der Tag X (Anm. 1), S. 129–169; außerdem Ders.: Geist im Dienste der Macht (Anm. 16).

26 Vgl. den Beitrag von Ehrhart Neubert in diesem Band.

27 Vgl. dazu ausführlich Kowalczyk, Ilko-Sascha: Die innere Staatsgründung. Von der gescheiterten Revolution 1953 zur verhinderten Revolution 1961. In: Diedrich, Torsten; Kowalczyk, Ilko-Sascha (Hg.): Staatsgründung auf Raten? Zu den Auswirkungen des Volksaufstandes 1953 und des Mauerbaus 1961 auf Staat, Militär und Gesellschaft der DDR. Berlin 2005 (i. D.).

28 Vgl. in diesem Sinne die Argumentation von Gerhard A. Ritter in diesem Band. Siehe außerdem Niethammer, Lutz: Der 17. Juni 1953 in vergleichender Perspektive: War der Aufstand eine Revolution? In: Veen, Hans-Joachim (Hg.): Die abgeschnittene Revolution. Der 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte. Köln u. a. 2004, S. 189–237.

revolutionären Zügen« vorgeschlagen worden.²⁹ Wenig strittig ist hingegen inzwischen die Bedeutung der deutschen Einheit als maßgebliche politische Zielvorstellung der Juni-Aufständischen. Die allgegenwärtige Forderung nach freien Wahlen implizierte dies im Jahre 1953, ohne dass es ausdrücklich thematisiert werden musste.³⁰

Neuere Quellenfunde haben bestätigt, dass der Westen von den Ostberliner Bauarbeiterprotesten am 16. Juni 1953 mindestens genauso überrascht wurde wie SED und Sowjets. Westliche Beobachter und Nachrichtendienste waren anfangs sogar teilweise der Ansicht, die Demonstrationen seien von den Machthabern inszeniert worden.³¹ Dies veranschaulicht, wie weit die SED-Behauptung von den westlichen »Drahtziehern« des »Putschversuches« von der Realität entfernt war. Allein den westlichen Rundfunksendern, die man in der DDR empfangen konnte, kann ein gewisser Einfluss auf das Aufstandsgeschehen zugesprochen werden, unter ihnen vor allem dem RIAS, der über Probleme der DDR-Arbeitswelt notorisch gut informiert war und schon am 15. Juni zutreffend über die Konflikte berichtete, die sich auf den Großbaustellen in Berlin-Friedrichshain entwickelten. Die westlichen Rundfunksender kamen ihrer Aufgabe nach, sachgerecht zu informieren. Dass sie eine entscheidende politische Rolle spielten, lag weniger an ihrem Selbstverständnis; vielmehr füllten sie das von den gleichgeschalteten Medien in der DDR erzeugte Informationsvakuum. Wie stark die Sendungen des RIAS und anderer westlicher Rundfunkanstalten (NWDR, HR, BR) tatsächlich in den beiden darauf folgenden Tagen die Ausbreitung der Demonstrationen gefördert haben, ist unter Zeitzeugen und in der Forschung umstritten.³² Eine allgemein mobilisierende Wirkung ist jedoch anzunehmen.³³ Für die rasante Ausbreitung des Aufstands über fast die gesamte DDR innerhalb von Stunden ist die westliche Rundfunkberichterstattung ein wesentlicher Erklärungsfaktor.³⁴ Voraussetzung war aber eine schon bestehende explosive Situation, in der die Kunde von den Streiks und Demonstrationen nur den auslösenden Funken bildete. Die Vorstellung, dass westliche Rundfunksendungen einen wesentlichen Anteil an der Politisierung der Bewegung hatten, kann als weitgehend überholt angesehen

29 Wentker: *Arbeiteraufstand, Revolution?* (Anm. 4), S. 387–397, hier 397.

30 Ähnlich ebenda, S. 394; vgl. auch die Beiträge von Gerhard A. Ritter und Karl Wilhelm Fricke in diesem Band.

31 Vgl. den Beitrag von Manfred Rexin in diesem Band. Außerdem Ostermann, Christian F. (Ed.): *Uprising in East Germany. The Cold War, the German Question, and the First Upheaval behind the Iron Curtain*. Budapest, New York 2001, S. 210–212; Fricke; Engelmann: *Der »Tag X«* (Anm. 16), S. 76 f. sowie 269 f. u. 280–283.

32 Vgl. den Beitrag von Manfred Rexin in diesem Band. Vgl. auch Fricke, Karl Wilhelm: *Zur Geschichte und historischen Deutung des Aufstandes vom 17. Juni 1953*. In: Roth: *Der 17. Juni 1953 in Sachsen* (Anm. 1), S. 41–43 u. 50 f.

33 Vgl. die Einschätzung von Gerhard A. Ritter in diesem Band.

34 Ein anderer wären z. B. Pendlar, die in ihren Heimatorten von den Ereignissen in ihren Arbeitsorten berichteten. Vgl. dazu viele Beispiele in: Kowalczyk, Ilko-Sascha: *17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen*. Bremen 2003.

werden.³⁵ Politische Forderungen entwickelten sich vielerorts spontan. Sie waren oft umfangreicher und detaillierter als der vom RIAS verbreitete Forderungskatalog, der etwa die zentrale Forderung nach »Freiheit für die politischen Gefangenen« nicht enthielt.³⁶

Für die Machthaber in der DDR war der »17. Juni« eine traumatische Erfahrung. Die SED musste erkennen, wie prekär die Grundlagen ihrer Herrschaft waren. Nur das Eingreifen der sowjetischen Besatzungsmacht hatte sie vor einem Machtverlust bewahrt. Die Kommunisten standen vor dem Totalbankrott ihrer Politik, hatte sich doch gerade die »Arbeiterklasse«, als deren Sachwalter sie sich geschichtsphilosophisch legitimierten, gegen ihre Herrschaft erhoben. Unter diesen Umständen war eine an der Realität orientierte Deutung des Geschehens nahezu ausgeschlossen. Ohne auch nur den geringsten empirischen Anhaltspunkt dafür zu haben, wurde die Volkserhebung daher als »Tag X«, als ein vom Westen gesteuerter »faschistischer Putschversuch« kanonisiert. Diese Interpretation diente SED-Generalsekretär Walter Ulbricht auch als Waffe im Machtkampf mit seinen Widersachern in der Parteiführung um Rudolf Herrnstadt und Wilhelm Zaisser. Letzterer hatte als Minister für Staatssicherheit naturgemäß die Hauptverantwortung für das Nichterkennen der feindlichen Umtriebe zu übernehmen und wurde schließlich gestürzt.³⁷ Die Staatssicherheit musste in der Folgezeit mit einem schweren Dilemma leben: Sie hatte entgegen den ihr vorliegenden Befunden die These vom eigenen Versagen hochzuhalten und nach den inexistenten »Drahtziehern« des Aufstandes zu fahnden.

Es lag auf der Hand, dass Vorkehrungen gegen einen weiteren »Tag X« in der Folgezeit für die Herrschenden einen hohen Stellenwert hatten. Unter machtpsychologischen Gesichtspunkten markierte der Juni-Aufstand gewissermaßen eine »Stunde Null«. In der Forschung ist die Bedeutung der Zäsur 1953 für die Entwicklung des Herrschaftssystems dennoch umstritten. Einige Autoren sehen die »gescheiterte Revolution« als Kernereignis einer von 1952 bis 1954 andauernden Herrschafts- und Gesellschaftskrise, die zugleich Ausgangspunkt eines mehrjährigen Prozesses der »inneren Staatsgründung« wurde, in dem sich die DDR stabilisierte und konsolidierte.³⁸ Andere verweisen auf die Bedeutung anderer Zäsuren und Faktoren für die Entwicklung des Repressionsapparates.³⁹ Unstrittig ist dagegen die Bedeutung des Juni-Aufstandes für die Ausformung von Organen und Strukturen, die den SED-Staat für einen weiteren inneren Konfliktfall wappnen sollten.

35 So noch Diedrich: Arbeitererhebung (Anm. 4), S. 299. Kritik an dieser Position bei Kowalczyk, Ilko-Sascha: Die Ereignisse von 1953 in der DDR. Anmerkungen zu einer »Retrospektive zum Stand der zeitgeschichtlichen Aufarbeitung des 17. Juni 1953«. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1996, S. 181–186, hier 183 f.

36 Vgl. den Beitrag von Tobias Wunschik in diesem Band.

37 Vgl. den Beitrag von Helmut Müller-Enbergs in diesem Band.

38 Vgl. dazu ausführlich Kowalczyk: Die innere Staatsgründung (Anm. 27).

39 Vgl. den Beitrag von Roger Engelmann in diesem Band.

Für Entwicklung und Wachstum der Staatssicherheit spielte das Juni-Trauma eine langfristige Rolle im Zusammenspiel mit anderen, sich wandelnden Ursachenkomplexen. Eine gewisse Uneindeutigkeit in der Entwicklung der Repressionsstrukturen nach dem »17. Juni« geht dabei auf das Konto gegenläufiger Impulse des »Neuen Kurses«, der nach dem Juni-Aufstand nicht aufgegeben wurde. Dies führte etwa dazu, dass die Strafverfolgung der Juni-Aufständischen in einer justizpolitischen »Tauwetterphase« stattfand und in der Masse vergleichsweise milde ausfiel.⁴⁰

Doch nicht nur die SED hatte ein Juni-Trauma, das Scheitern der Erhebung hinterließ auch ein Trauma in der Bevölkerung. Die schmerzliche Erfahrung, dass die Sowjetunion nicht bereit war, eine Beseitigung der kommunistischen Herrschaft in Ostdeutschland zuzulassen, und dass der Westen – trotz Befreiungsrhetorik der USA – die sowjetischen Interessen faktisch respektierte, musste zur Resignation fundamentaloppositioneller Kräfte führen. Dies förderte zweifellos den Paradigmenwechsel zu einer stärker systemimmanent ausgerichteten Opposition in der DDR, in der eine positive Bezugnahme auf den »17. Juni« weitgehend tabuisiert war.⁴¹

In der Bundesrepublik stiftete der »17. Juni« einen nationalen Gedenktag und geriet dabei in den Sog unterschiedlicher Instrumentalisierungsabsichten. Bezeichnenderweise war es vor allem die sozialdemokratische Opposition, die den Juni-Aufstand im Kampf gegen die Westintegrationspolitik Adenauers zunächst für sich vereinnahmte. Später, in der Phase der sozialliberalen Entspannungspolitik, kehrte sich das Verhältnis um. Der zunehmend ritualisierte Gedenktag war nunmehr eine Domäne der Konservativen.⁴² Wie auch andere Themen der Herrschafts-, Repressions- und Oppositionsgeschichte der DDR war der »17. Juni« als Gegenstand der wissenschaftlichen Forschung nunmehr marginalisiert und litt darüber hinaus unter zeitgeisttypischen Ausblendungen.⁴³

Am Vorabend der friedlichen Revolution 1989 in der DDR ist eine Bezugnahme auf den Juni-Aufstand vor allem bei den Vertretern der Repressionsapparate festzustellen, sie diente als eine Chiffre für die »Machtfrage« und war nicht zuletzt Ausweis ihres anachronistischen Denkens. Denn die konkreten inneren Bedingungen und der internationale Kontext unterschieden sich 1989 grundlegend von 1953. Während 1953 Machtstellung und Machtanspruch der sowjetischen Hegemonialmacht einen Erfolg der Aufständischen ausschloss, wurden die friedlichen Revolutionäre von 1989 von inneren und äußeren Faktoren begünstigt.⁴⁴

40 Vgl. den Beitrag von Ilko-Sascha Kowalczyk in diesem Band.

41 Vgl. den Beitrag von Bernd Eisenfeld in diesem Band.

42 Vgl. den Beitrag von Edgar Wolfrum in diesem Band. Außerdem Eisenfeld, Bernd; Kowalczyk, Ilko-Sascha; Neubert, Ehrhart: Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte. Bremen 2004, S. 383–436.

43 Vgl. ebenda, S. 458–500, sowie den Beitrag von Ehrhart Neubert in diesem Band.

44 Vgl. den Beitrag von Walter Süß und für 1953 auch den von Gerhard Wettig in diesem Band.

* * *

Der vorliegende Band geht auf eine Tagung der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen zurück, die aus Anlass des 50. Jubiläums der Juni-Erhebung vom 11. bis 13. Juni 2003 in Berlin veranstaltet wurde. Die Konferenz fand unter reger Teilnahme von Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland statt und bot sowohl eine Bestandsaufnahme der bisherigen Forschung zum »17. Juni« als auch eine lebhafte Diskussion kontroverser und offener Forschungsfragen. Die in der schriftlichen Fassung zum größten Teil erweiterten und aktualisierten Beiträge decken alle wesentlichen Aspekte des Themas ab. Der Band kann somit die Funktion eines wissenschaftlichen Readers erfüllen.

Berlin, im Juni 2005

Roger Engelmann, Ilko-Sascha Kowalczuk

Gerhard A. Ritter

Der »17. Juni 1953«

Eine historische Ortsbestimmung*

I

Der »17. Juni 1953« hat – anders als der Bau und der Fall der Mauer – im Gedächtnis der Deutschen bisher kaum einen Platz gefunden. Wenn man Teilnehmer der Love Parade auf »der Straße des 17. Juni« in Berlin fragen würde, was der Straßename bedeutet, gäben sicher nur wenige die richtige Antwort. Bei einer Emnid-Umfrage im Juni 2001 wussten nur 43 Prozent aller Deutschen und sogar nur 19 Prozent der 18- bis 24-Jährigen, was an diesem Tag geschah.¹ Die sehr breite Aufmerksamkeit, die die vielen Gedenkfeiern und vor allem auch die Fernsehsendungen zum 50. Jahrestag des »17. Juni« gefunden haben, hat allerdings zu einem deutlichen Anstieg des Informationsstandes geführt. So wussten bei einer Befragung vom 20. bis 23. Juni 2003 immerhin 68 Prozent der befragten Bundesbürger, was geschah.²

Der Volksaufstand vom Juni 1953 stellte – wie der Bau und der Fall der Mauer 1961 und 1989 – eine tiefe Zäsur in der Geschichte der DDR und der Geschichte Gesamtdeutschlands dar; selbst in der Geschichte des sowjetischen Imperiums und der Geschichte des Kalten Krieges stand dieser Volksaufstand am Beginn eines Prozesses, der schließlich das Gesicht unserer Welt grundlegend veränderte.

In der DDR wurde die Mär vom Arbeiter-und-Bauern-Staat entlarvt. Der Aufstand zeigte, dass der Staat auf der Spitze der sowjetischen Bajonette stand und sich nur mit der Hilfe der sowjetischen Truppen, die auf dem Gebiet der DDR eine für die Zeit beispiellose Konzentration militärischer Macht unterhielten,³

* Der »17. Juni« wurde durchweg in Anführungszeichen gesetzt, um zu verdeutlichen, dass er als Synonym für ein Ereignis steht, das sich über mehrere Tage erstreckte. – Der Verfasser dankt Ilko-Sascha Kowalczyk für viele wesentliche Anregungen. Das überarbeitete Vortragsmanuskript wurde im Sommer 2003 druckfertig abgegeben. Die danach erschienene Literatur konnte nur noch in wenigen Fällen berücksichtigt werden.

1 Der Spiegel v. 18.6.2001. Zum Platz des »17. Juni« in der Erinnerungskultur der Deutschen vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: 17. Juni 1953 – Arbeiteraufstand, Volksaufstand, Revolution. Aufstundgeschichte, Forschungskontroversen und Erinnerungskultur. In: IWK 38(2003), S. 1–36, hier 30–36.

2 Der 17. Juni und die Deutsche Einheit: Kenntnisse und Einstellungen. Befragung vom 20.–23.6.2003 im Auftrag der »Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur«, durchgeführt von forsa, Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH.

3 Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha; Wolle, Stefan: Roter Stern über Deutschland. Sowjetische Truppen in der DDR. Berlin 2001, bes. S. 104–106.

behaupten konnte. Der »17. Juni« bedeutete so den politischen Bankrott des SED-Regimes, die Delegitimation der DDR. Eine der Konsequenzen war die Forcierung der Militarisierung der Gesellschaft und der massive Ausbau des Kontroll- und Sicherheitsapparates.

In der Bundesrepublik hat der Aufstand vom »17. Juni« die Bundesrepublik konsolidiert, als Katalysator der Westintegration gewirkt, das Alternativmodell der DDR diskreditiert, den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik als einziger demokratischer deutscher Staat unterstrichen und sicher auch zum großen Wahlsieg Adenauers in der Bundestagswahl vom 6. September 1953 beigetragen. Mittel- und langfristig hat die Niederschlagung des Aufstandes und die Erfahrung, dass man den Aufständischen nicht helfen könne aber bewirkt, dass die Wiedervereinigung nicht mehr als konkrete Gegenwartsaufgabe, sondern als Langzeitproblem angesehen wurde. Letztlich hat das dazu geführt, dass sich die Bundesrepublik nicht mehr als bloßer Teilstaat, als Provisorium, verstand, sondern ein kulturell, ökonomisch, politisch und militärisch im freien Westen fest verwurzelter, auf wirtschaftlichem Wohlstand, sozialstaatlicher Absicherung und Verfassungspatriotismus beruhender Staat wurde, in dem von der deutschen Einheit kaum noch die Rede war.

Für die Geschichte der Sowjetunion und des sowjetischen Imperiums hatte der »17. Juni« eine doppelte Bedeutung. Einerseits zeigte die in der Krise deutlich gewordene Schwäche der DDR, dass die Sowjetunion in der DDR keinen wirklichen Faustpfand bei Verhandlungen über die zukünftige politische Ausrichtung eines vereinigten Deutschlands hatte. Das bedeutete das Ende der bisherigen ambivalenten, eine deutsche Wiedervereinigung nicht grundsätzlich ausschließenden Deutschlandpolitik und damit die Entscheidung für einen ökonomisch und militärisch fest im Ostblock eingebundenen zweiten deutschen Staat. Der Aufstand des »17. Juni« war andererseits aber auch die erste einer Welle von Freiheitsbewegungen in den Satellitenstaaten, die ihre Höhepunkte in Posen und in Ungarn 1956, in Prag 1968 und 1980/81 in Polen erreichten. Diese zeigten, auf welch brüchigem Fundament die Herrschaft der dortigen kommunistischen Parteien und damit auch das sowjetische Imperium beruhte.

1953 hatte die sowjetische Besatzungsmacht souverän und ohne Zögern die Niederschlagung des Aufstandes in einer gewaltigen Machtdemonstration beschlossen und durchgeführt. 1956 hatte die sowjetische Führung sich erst nach längerem Schwanken, während der Westen durch den Einmarsch Frankreichs, Großbritanniens und Israels in Ägypten in der Suez-Krise abgelenkt war, zur militärischen Unterdrückung der ungarischen Revolution, die bereits die Zentren der Macht erobert hatte, entschlossen. Die Bundesgenossen wurden nachträglich informiert, aber nicht konsultiert.⁴ Das Verhältnis der Sowjetunion und der Staa-

4 Vgl. Hegedüs, András B. (Hg.): Döntés a Kremlben 1956. A szovjet pártelnökség vitái Magyarországról (Beschlüsse des Kremls 1956. Die Debatten des sowjetischen Politbüros über Ungarn). Budapest 1956. Auswertung des Protokolls in: Goztony, Peter: Der Volksaufstand in Ungarn 1956. In: APuZ (1996) B 37–38, S. 3–14; vgl. weiter Hegedüs, András B.; Wilke, Manfred (Hg.): Satelliten nach Stalins

ten des Warschauer Paktes zum Prager Frühling 1968 mit seinem Konzept eines humanitären Sozialismus war in einem monatelangen intensiven Diskussionsprozess im Warschauer Pakt erörtert worden. Die allerdings letztlich von der Sowjetunion bestimmte Entscheidung zur Invasion wurde gemeinsam gefasst und gemeinsam – allerdings ohne die direkte Beteiligung von DDR-Truppen am Einmarsch – durchgeführt.⁵ In Polen 1980/81 schreckte die Sowjetunion nicht zuletzt aus Furcht vor einem »Zwei-Fronten-Krieg« nach dem sich schnell abzeichnenden Desaster des Krieges in Afghanistan und der Angst vor wirtschaftlichen Sanktionen des Westens vor einer militärischen Intervention zurück und gab sich mit der Ausrufung des Kriegsrechts durch Jaruzelski zufrieden.

Obwohl die Entscheidung für eine militärische Niederwerfung von Aufständen in den Satellitenstaaten der Sowjetunion offenbar immer schwieriger fiel und 1980/81 durch ein Einlenken der polnischen Führung auf die sowjetischen Wünsche vermieden wurde,⁶ war die Entscheidung der Sowjetunion, den Zusammenbruch der SED-Herrschaft im Herbst 1989 nicht durch Eingreifen ihrer Truppen zu verhindern, keineswegs selbstverständlich. In der DDR war sie als Eroberer und als Besatzungsmacht besonders herausgefordert; hier hatte sie ihre stärkste militärische Präsenz und hier traf sie auf eine Regierung, die in den vorangegangenen Krisen im Ostblock immer wieder auf ein hartes Eingreifen gegen Freiheits- und Unabhängigkeitsbewegungen gedrängt hatte.⁷ Noch die brutale Unterdrückung der Bewegung chinesischer Studenten und anderer Oppositioneller auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking Anfang Juni 1989 war von der SED ausdrücklich begrüßt worden.⁸

Man kann sicher keine gerade, kontinuierliche Linie vom Volksaufstand in der DDR 1953 über die Aufstände und Revolutionen in Ungarn 1956, Prag 1968 und Polen 1980/81 zu den Massendemonstrationen von 1989 ziehen, die das SED-System zum Einsturz brachten und – nachdem Polen und Ungarn schon vorher die Einparteiendiktatur durch eine pluralistische Demokratie ersetzt hatten – in einer Kettenreaktion den Zusammenbruch des Kommunismus auch in den weiteren Staaten des Warschauer Paktes auslösten. Der Volksaufstand von 1953 war aber einer der Vorboten, der Sturmvogel, die die grundlegende Änderung der Weltordnung 1989/91 ankündigten.

In den Vereinigten Staaten hatte der neue Präsident Eisenhower seinen Wahlkampf im Herbst 1952 auch mit dem Programm einer Befreiung der osteuropäischen Länder von der sowjetischen Herrschaft geführt. Nun mussten er und sein

Tod. Der »Neue Kurs«. 17. Juni 1953 in der DDR, Ungarische Revolution 1956. Berlin 2000; Foitzik, Jan (Hg.): Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953–1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand. Politische, militärische, soziale und nationale Dimensionen. Paderborn u. a. 2001.

5 Kowalczyk; Woll: Roter Stern (Anm. 3), S. 198–200.

6 Ebenda, S. 201–205.

7 Ostermann, Christian F. (Hg.): Uprising in East Germany. The Cold War, the German Question and the First Major Upheaval Behind the Iron Curtain. Budapest, New York 2001, S. 418–420.

8 Mitter, Armin; Woll, Stefan: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte. München 1993, S. 506–508.

Außenminister John Foster Dulles, der wichtigste Vertreter der politischen Strategie eines Kreuzzuges zur Zurückdrängung der Sowjetunion in Ostmitteleuropa, erkennen, dass jede massive amerikanische Intervention in den europäischen Satellitenstaaten der Sowjetunion die Gefahr eines dritten, mit Atomwaffen ausgefochtenen Weltkrieges heraufbeschwören würde. Sie mussten daher nach einigem Zögern ihre Befreiungspolitik in Europa aufgeben und sich mit der Sicherung des Status quo zufrieden geben. Damit wurden die Weichen zur Dämpfung des Kalten Krieges und zu einer Politik des Ausgleiches der Interessen – jedenfalls in Europa – gestellt.⁹ Gleichzeitig verlagerten sich die Auseinandersetzungen zwischen dem kommunistischen und dem westlichen System vor allem auf die Dritte Welt, in der der Kalte Krieg in vielen Gebieten immer wieder zu einem »heißen« wurde.

Ich habe mit Absicht die Auswirkungen des Volksaufstandes vom Juni 1953 auf die internationale Politik so stark betont, da sie – wie die Überlagerung der inneren Krise in der DDR 1952 bis 1954 durch eine Krise in der Sowjetunion und im Sowjetblock – häufig unbeachtet geblieben sind. Der Tod Stalins am 5.3.1953 hat zu heftigen, in ihrem Ausgang zunächst unklaren Diadochenkämpfen um dessen Nachfolge geführt. Obwohl wir durch den Verschluss zentraler Aktenbestände, insbesondere über die Beratungen und Beschlüsse des Politbüros der KPdSU und des Präsidiums des Ministerrates in Moskau, keine genauen, zuverlässigen Kenntnisse über die erörterten Alternativen der Deutschlandpolitik und die Haltung gegenüber der DDR haben, so spielten diese Probleme doch bei den Auseinandersetzungen in den sowjetischen Führungsgremien offenbar eine wichtige Rolle. Bewiesen ist zudem, dass es die Sowjetunion war, die die DDR in einer abrupten und propagandistisch nicht vorbereiteten Kehrtwendung zur Politik des »Neuen Kurses« zwang, die den Volksaufstand vom »17. Juni« zwar nicht verursachte, aber doch auslöste.

Der Änderung der sowjetischen Politik, die offenbar die internationalen Spannungen abbauen sollte, und auch als »Entstalinisierungsprogramm« bezeichnet worden ist,¹⁰ waren Unruhen in anderen Satellitenstaaten vorangegangen. Am 3. Mai 1953 war es in einigen traditionellen Zentren der Kommunisten in Bulgarien zu Streiks von hunderten von Tabakarbeitern gekommen, nachdem bereits vorher die rigorose Industrialisierungs- und Kollektivierungspolitik zu einer Massenfluchtbewegung im ganzen Lande geführt hatte. Noch schwerwiegender für die sowjetische Führung waren die sich über mehrere Tage erstreckenden

9 Vgl. die bei Ostermann: Uprising (Anm. 7), S. 392–405, abgedruckten Dokumente. Zur Außenpolitik der Vereinigten Staaten und zu den internationalen Rahmenbedingungen der Krise in der DDR vgl. weiter Stöver, Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg 1947–1991. Köln, Weimar, Wien 2002; Felken, Detlef: Dulles und Deutschland. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1953–1959. Bonn 1993; Rupieper, Hermann-Josef: Der besetzte Verbündete. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1949–1955. Opladen 1991.

10 So Stöver, Bernd: Zusammenfassung: Das Umbruchjahr 1953 – ein Resümee. In: Kleßmann, Christoph; Stöver, Bernd (Hg.): 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa. Köln, Weimar, Wien 1999, S. 199–222, hier 204.

Massendemonstrationen von tausenden tschechischen Arbeitern in Pilsen. Ausgelöst durch Proteste gegen eine Währungsreform wurden – wie später in der DDR – sehr schnell politische Forderungen – freie Wahlen, Sturz der Regierung – erhoben. Nachdem die Stadt zwei Tage in der Hand der Demonstranten war, konnte der Aufstand schließlich nur mit Waffengewalt niedergeschlagen werden.¹¹

Moskau drängte auf eine Milderung der bisherigen harten Linie nicht nur in der DDR, sondern auch in den anderen Satellitenstaaten. So fanden am 13. und 16. Juni 1953 Gespräche der sowjetischen Führung mit den ungarischen Kommunisten statt, in denen die Ungarn zur Mäßigung ihrer Politik einer forcierten Sozialisierung und Industrialisierung gezwungen und vor dem Missbrauch ihrer Macht gewarnt wurden. Die Kritik richtete sich vor allem gegen den stalinistischen Regierungschef und kommunistischen Parteiführer Mátyás Rákosi, der seine Position als Regierungschef an den Agrarspezialisten und Anhänger eines Reformkurses Imré Nagy verlor, während er sich als Parteiführer behaupten konnte.¹² Weitere Gespräche fanden am 15.6. mit dem albanischen Parteiführer Enver Hoxha statt, während Konsultationen mit den Führern der Kommunisten der Tschechoslowakei, Rumäniens, Bulgariens und Polens für die folgenden Monate geplant wurden.¹³ Auch in der Sowjetunion selbst ist es nach dem Tod Stalins und einer Teilamnestie vom 27.3.1953, die aber die politischen Gefangenen ausschloss, auch im Zusammenhang mit der Dynamik der Nachfolgekämpfe 1953/54 in den Strafearbeitslagern zu großen, brutal niedergeschlagenen Unruhen und Streiks gekommen, die, zusammen mit der sich schon vorher deutlich abzeichnenden Krise wegen der mangelnden wirtschaftlichen Rentabilität der Lager, zu einem erheblichen Abbau des GULag-Systems führten.¹⁴

Man darf diesen internationalen Hintergrund der erbitterten innersowjetischen Machtkämpfe, der Erschütterung der Sowjetunion und der Versuche zur Korrektur der Fehler der überharten Sozialisierungs- und Industrialisierungspolitik in den Satellitenstaaten für die Analyse der Ursachen, des Charakters und der Folgen des Volksaufstandes in der DDR nicht übersehen. Revolutionen brechen bekanntlich nicht aus, wenn die Unterdrückung ihren Höhepunkt erreicht hat, son-

11 Ostermann: Uprising (Anm. 7), S. 15–17; Pernes, Jiří: Die politische und wirtschaftliche Krise in der Tschechoslowakei 1953 und Versuche ihrer Überwindung. In: Kleßmann; Stöver: 1953 – Krisenjahr (Anm. 10), S. 93–113.

12 Rainer, János M.: Der »Neue Kurs« in Ungarn 1953. In: Kleßmann; Stöver (Hg.): 1953 – Krisenjahr (Anm. 10), S. 71–92.

13 Ostermann: Uprising (Anm. 7), S. 19.

14 Vgl. Stettner, Ralf: »Archipel GULag«: Stalins Zwangslager – Terrorinstrument und Wirtschaftsgigant. Entstehung, Organisation und Funktion des sowjetischen Lagersystems 1928–1956. Paderborn u. a. 1996, S. 350–360; vgl. weiter Courtois, Stéphane u. a.: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. München 1998, S. 277–287; Applebaum, Anne: Der Gulag. Berlin 2003; Foitzik, Jan; Henning, Horst (Hg.): Begegnungen in Workuta. Erinnerungen, Zeugnisse, Dokumente. Leipzig 2003. Aufgrund der Amnestie vom 27.3.1953 waren 1,2 Mio. der insgesamt ca. 2,5 Mio. Häftlinge entlassen worden. Am Anfang der sechziger Jahre gab es im poststalinistischen GULag-System noch etwa 900 000 Gefangene.

dern wenn es erste unzureichende Reformversuche gibt und die Herrschaftseliten geschwächt, gespalten und verunsichert sind.

II

Die in der DDR selbst liegenden, in der Forschung viel erörterten tieferen Ursachen des Aufstandes werden in anderen Aufsätzen behandelt werden und können hier nur kurz angedeutet werden.¹⁵ Die letztlich entscheidende Ursache war natürlich die Errichtung einer Parteidiktatur der SED in der DDR, die keine demokratische Legitimität hatte, keine autonomen Organisationen gesellschaftlicher Kräfte zuließ sowie die Grundrechte und die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit durch eine politisierte und für die Zwecke des Regimes instrumentalisierte Justiz¹⁶ missachtete. Zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele und zur Sicherung ihrer Macht hatte die SED einen immer stärker ausgebauten Überwachungs- und Unterdrückungsapparat geschaffen. Auf der 2. Parteikonferenz der SED in Ost-Berlin vom 9. bis 12. Juli 1952 wurde schließlich der planmäßige »Aufbau der Grundlagen des Sozialismus« zur grundlegenden Aufgabe der DDR erklärt.¹⁷

Die Umsetzung dieser von der Sowjetunion abgesegneten Politik bedeutete eine massive Verschärfung des Klassenkampfes von oben. Zur besseren, zentralen Durchsetzung der neuen Linie wurden die fünf Länder der DDR, in denen sich noch Restbestände einer gewissen Autonomie und der Mitwirkung »bürgerlicher« Parteien erhalten hatten, aufgelöst und durch 14 – mit Ost-Berlin 15 – Bezirke ersetzt, deren Leitungen keinerlei demokratische Legitimation hatten.¹⁸ Der bereits begonnene Ausbau der Schwerindustrie auf Kosten der Leichtindustrie und der Interessen der Konsumenten wurde fortgesetzt.¹⁹ Auf dem Lande wurde

15 Vgl. u. a. Fricke, Karl Wilhelm: Zur Geschichte und historischen Deutung des Aufstandes vom 17. Juni 1953. In: Roth, Heidi: Der 17. Juni 1953 in Sachsen. Köln, Weimar, Berlin 1999, S. 13–100, hier 16–44; Kowalczyk, Ilko-Sascha: 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen. Bremen 2003, S. 23–72.

16 Vgl. Wentker, Hermann: Justiz in der SBZ/DDR 1945–1953. Transformation und Rolle ihrer zentralen Institutionen. München 2001; Weber, Petra: Justiz und Diktatur. Justizverwaltung und politische Strafjustiz in Thüringen 1945–1961. München 2001; Pohl, Dieter: Justiz in Brandenburg 1945–1955. Gleichschaltung und Anpassung. München 2001; Werkentin, Falco: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Vom bekennenden Terror zur verdeckten Repression. 2. Aufl., Berlin 1997; Fricke, Karl Wilhelm: Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945–1968. 2. Aufl., Köln 1990.

17 Rede von Ulbricht in: Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 9. bis 12. Juli 1952 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin. Berlin 1952, S. 58.

18 Vgl. Hajna, Karl-Heinz: Länder – Bezirke – Länder. Zur Territorialstruktur im Osten Deutschlands 1945–1990. Frankfurt/M. u. a. 1995.

19 Hoffmann, Dierk: Aufbau und Krise der Planwirtschaft. Die Arbeitskräfteelendung in der SBZ/DDR 1945 bis 1963. München 2002, bes. S. 116–182 u. 308–379.

vor allem durch hohe Pflichtabgaben der Druck auf die »Großbauern«²⁰ erhöht und eine Kampagne zur Kollektivierung der Landwirtschaft durch die Bildung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften eingeleitet. Dahinter stand der Versuch, den Klassenkampf in die Dörfer zu tragen und die Position der SED auf dem Lande zu verstärken.²¹ Viele Bauern entzogen sich dem Druck durch die Flucht in den Westen;²² die Agrarproduktion ging zurück.

Große ökonomische Ressourcen und viele besonders leistungsfähige junge Arbeitskräfte wurden zudem dem Land durch die von Stalin befohlene Militarisierung der DDR entzogen. Die Kasernierte Volkspolizei, die Vorläuferorganisation der 1956 gebildeten Nationalen Volksarmee, erreichte bereits Mitte 1953 eine Stärke von 113 000 Mann.²³ Eine Gesellschaft für Sport und Technik sollte als eine der großen sozialistischen Massenorganisationen die Wehrbereitschaft und Wehrbefähigung der Bevölkerung durch eine vormilitärische Ausbildung erhöhen. Insgesamt wurden vom Sommer 1952 bis Sommer 1953 zwei Milliarden Mark für die Aufrüstung ausgegeben. Weitere knapp zwei Milliarden mussten neben den Reparationen jährlich als Besatzungskosten aufgebracht werden.²⁴

Die Mittel wurden durch Einsparungen im Konsum, durch Steuererhöhungen und sehr niedrige Renten und die Herabdrückung der Zahl der Empfänger von Sozialleistungen aufgebracht. Eine Konsequenz der Militarisierung und der einseitigen, verfehlten Wirtschaftspolitik waren Versorgungsmängel und schließlich eine Erhöhung der ohnehin für Rentner und für die Masse der Arbeiter und Angestellten kaum erschwinglichen Preise für Lebensmittel der HO, der staatlichen Handelsorganisation, die die auf Lebensmittelkarten zugeteilten, rationierten Grundnahrungsmittel ergänzen sollten.²⁵ Kleinunternehmern, Selbstständigen, Gewerbetreibenden und Hausbesitzern, die Wohnungen vermieteten, insgesamt zwei Millionen Personen, wurden aus politisch-ideologischen Gründen die Lebensmittelkarten entzogen.²⁶ Die Maßnahmen gegen kleinere und mittlere Un-

20 Der in der zeitgenössischen Polemik v. a. von der SED verwendete Begriff »Großbauer« ist problematisch, da es echte, unabhängige Großbauern in der DDR schon nicht mehr gab. Es handelte sich um Bauern mit Grundbesitz von mehr als 20 Hektar, die als Träger einer antisozialistischen Ideologie auf dem Lande angesehen wurden.

21 Mitter, Armin: »Am 17.6.1953 haben die Arbeiter gestreikt, jetzt aber streiken wir Bauern«. Die Bauern und der Sozialismus. In: Kowalczyk, Ilko-Sascha; Mitter, Armin; Wolle, Stefan (Hg.): Der Tag X – 17. Juni 1953. Die »Innere Staatsgründung« der DDR als Ergebnis der Krise 1952–1954. Berlin 1995, S. 82; Bauer, Theresia: Sozialistische Formierung auf dem Land. Die Vollkollektivierung in der DDR 1957–1963. In: Bauer, Theresia; Süß, Winfried (Hg.): NS-Diktatur, DDR, Bundesrepublik. Drei Zeitgeschichten des vereinigten Deutschland. Werkstattberichte. Neuried 2000, S. 121–150, hier 129; vgl. weiter Bauer, Theresia: Blockpartei und Agrarrevolution von oben. Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands 1948–1963. München 2003, S. 373–375.

22 Knabe, Hubertus: 17. Juni 1953. Ein deutscher Aufstand. München 2003, S. 38.

23 Ebenda, S. 62.

24 Heider, Paul: Die Gesellschaft für Sport und Technik (1952–1990). In: Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes. Hg. v. Diedrich, Torsten; Ehlert, Hans; Wenzke, Rüdiger. Berlin 1998, S. 169–199.

25 Fricke: Zur Geschichte (Anm. 15), S. 25.

26 Kowalczyk: 17. Juni 1953 (Anm. 15), S. 5.

ternehmer, denen man Verstöße gegen die Bewirtschaftungsvorschriften, Steuerhinterziehung oder unerlaubte Geschäftsbeziehungen mit dem Westen vorwarf, wurden verschärft. In der »Aktion Rose« Anfang 1953 wurde durch die Enteignung und Vertreibung der bisherigen Besitzer von Hotels, Pensionen, Gaststätten und kleineren Wirtschaftsbetrieben die Privatwirtschaft an der Ostseeküste zerschlagen.²⁷

Die Unterdrückung der Kirchen, insbesondere ihrer Jugendarbeit, wurde verschärft. Oberschüler, die sich zur Jungen Gemeinde bekannten, wurden von der Schule verwiesen, Lehrer, die sie unterstützten, entlassen. An den Universitäten wurden die Mitglieder der evangelischen Studentengemeinden relegiert.²⁸ Die Konfliktsituation, in die dadurch junge Menschen gerieten, ist in dem Roman von Uwe Johnson »Ingrid Babendererde« ungemein eindrucksvoll dargestellt worden.²⁹ Eine Konsequenz dieser Politik, die von Ulbricht mit dem Übergang zur Diktatur des Proletariats gerechtfertigt wurde,³⁰ war die Verschärfung der Spaltung Deutschlands.

In der DDR haben immer mehr Bürger versucht, sich der Unterdrückung, der Zerstörung ihrer bisherigen wirtschaftlichen Lebensgrundlagen und Zukunftsaussichten, aber auch der Verschlechterung der Lebensbedingungen durch die Flucht in den Westen zu entziehen. Die Zahl der Flüchtlinge, unter ihnen besonders viele gut qualifizierte junge Menschen,³¹ stieg von 182 000 im Jahre 1952 im ersten Halbjahr 1953 auf 226 000 an.³² Die DDR hat durch die hermetische Abschottung der Zonengrenze seit Ende Mai 1952 die weitere Flucht zu verhindern versucht. Entlang der Grenze wurde hinter einem 500 Meter breiten Schutzstreifen eine fünf Kilometer breite Sperrzone errichtet, die die als unzuverlässig angesehenen Personen verlassen mussten. Sie wurden im Rahmen einer mit deutlichem Rückgriff auf die NS-Terminologie als »Aktion Ungeziefer« bezeichneten Zwangsaussiedlung mit Gewalt entfernt.³³ Trotz zunehmender schikanöser Kontrollen der Verkehrswege nach und innerhalb Berlins, blieb der Fluchtweg nach West-Berlin erhalten. Aus neu zugänglich gewordenen sowjetischen Quellen geht hervor, dass Ulbricht bereits Ende 1952 mit Unterstützung der Sowjetischen Kontrollkommission in Berlin Moskau um die Erlaubnis zur Abschottung und Kontrolle der Sektorengrenze zwischen Ost- und West-Berlin durch bewaffnete Polizeikräfte gebe-

27 Koop, Volker: Der 17. Juni 1953. Legende und Wirklichkeit. Berlin 2003, S. 33–39.

28 Wentker, Hermann: »Kirchenkampf« in der DDR. Der Konflikt um die Junge Gemeinde 1950–1953. In: VfZ 42(1994), S. 95–127.

29 Johnson, Uwe: Ingrid Babendererde. Reifeprüfung 1953. Frankfurt/M. 1985.

30 Rede Ulbrichts am 5.5.1953 mit dem Titel »Die Lehre vom Staat« zum Gedenken an den 135. Geburtstag von Karl Marx. In: Ulbricht, Walter: Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates 1945–1958. Berlin 1958, S. 323–328, hier 325 f.

31 Heidemeyer, Helge: Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/1949–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer. Düsseldorf 1994, S. 48–52.

32 Fricke: Zur Geschichte (Anm. 15), S. 23.

33 Koop: Der 17. Juni (Anm. 27), S. 31–33; vgl. weiter Bennewitz, Inge; Potratz, Rainer: Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze. Analysen und Dokumente. 2. Aufl., Berlin 2002.

ten hatte und zunächst auch die Zustimmung der Sowjetunion erhielt. Diese wurde jedoch wenige Tage nach dem Tode Stalins am 18.3.1953 widerrufen³⁴ und so der Versuch zur vollständigen Abschottung der DDR schon neun Jahre vor dem Mauerbau vereitelt.

Kennzeichnend für die Stimmung der Bevölkerung war ein zeitgenössischer Witz: »Wer hat die größte Flotte? Ostdeutschland, 16 Millionen Kohldampfer, zwei Millionen Abdampfer und drei Zerstörer: Pieck, Grotewohl, Ulbricht!« Das Erzählen dieses Witzes konnte übrigens zur Zuchthausstrafe führen.³⁵

Die Abstoppung der Fluchtbewegung war, wie die sowjetischen Quellen zeigen,³⁶ für die Sowjetunion, die im Gegensatz zur DDR-Führung deren wahre Gründe klar erkannte, der wichtigste Grund, einer dreiköpfigen Delegation der DDR aus Generalsekretär Ulbricht, Ministerpräsident Grotewohl und dem Mitglied des Politbüros Fred Oelßner bei Sitzungen in Moskau vom 2. bis 4. Juni 1953 einen radikalen Kurswechsel zu befehlen.³⁷ Dieser wurde am 9. Juni vom Politbüro der SED beschlossen und am 11. Juni zusammen mit Verordnungen des Ministerrates vom gleichen Tag veröffentlicht.³⁸ Die SED bekannte sich ausdrücklich zu ihren Fehlern und versprach, in einer Politik des »Neuen Kurses« die »Lebenshaltung der Arbeiter, Bauern, der Intelligenz, der Handwerker und der übrigen Schichten des Mittelstandes« zu verbessern. Zu den Korrekturen der bisherigen Politik gehörte die Zusage der gesteigerten Erzeugung von Waren des Massenbedarfs sowie die Aussetzung der Zwangerhebung rückständiger Steuern und Sozialversicherungsabgaben bei Privatbetrieben. Den geflüchteten Bauern und den weiteren »Republikflüchtlingen« wurde bei der Rückkehr die Rückgabe ihres inzwischen beschlagnahmten Eigentums in Aussicht gestellt.³⁹

Schon vorher war es in einem Gespräch einer Regierungsdelegation unter Leitung von Ministerpräsident Grotewohl und der evangelischen Kirchenleitung unter Führung von Bischof Otto Dibelius am 10. Juni zu einer Entspannung im Verhältnis zur evangelischen Kirche gekommen. In der Absprache, die man wohl am besten als »Waffenstillstand« und nicht als »Kompromissfrieden« bezeichnen sollte, wurde von den Vertretern der DDR versprochen, die Diffamierung und Verfolgung der Mitglieder der Jungen Gemeinde und der evangelischen Studentengemeinden zu beenden, die Beschränkung der kirchlichen Lehre und der Arbeit kirchlicher Anstalten, insbesondere der Inneren Mission, aufzuheben, die Urteile gegen verhaftete Pfarrer zu überprüfen und die vorher eingestellten Staatsleistungen an die Kirche sofort und rückwirkend zum Jahresbeginn wieder

34 Vgl. die in Ostermann: Uprising (Anm. 7) abgedruckten Dokumente, S. 49–51.

35 Kowalczyk: 17. Juni 1953 (Anm. 15), S. 60.

36 Vgl. z. B. ein Memorandum an Malenkov. In: Ostermann: Uprising (Anm. 7), S. 100–109.

37 Kowalczyk: 17. Juni 1953 (Anm. 15), S. 84–88.

38 Abdruck des Kommuniqués des Politbüros vom 9.6.1953 in: Dokumente der SED. Bd. IV, Berlin 1954, S. 428–431; für die verschiedenen Verordnungen des Ministerrats vom 11.6.1953 zur Umsetzung des Beschlusses vgl. GBl. Nr. 78 v. 19.6.1953, S. 805–807.

39 Sollte die Rückgabe in Einzelfällen nicht möglich sein, sollten sie Ersatz erhalten.

aufzunehmen.⁴⁰ Offenbar erwartete sich die Regierung von der Aussetzung des Kirchenkampfes eine bessere Akzeptanz ihrer neuen Politik bei religiös gebundenen Menschen. In weiten Teilen der Bevölkerung wurde das Zugeständnis eigener Fehler und der Kurswechsel als Bankrotterklärung der SED aufgefasst, die zu einer Ablösung der bisherigen Führung, wenn nicht zu einem Wechsel des Regimes führen müsse. Selbst in der SED waren nicht nur viele Mitglieder, sondern auch große Teile der unteren und mittleren Führungskader aufs Tiefste verunsichert.⁴¹

Als Teil der alten Politik hatte der Ministerrat der DDR in Ausführung eines Beschlusses des ZK der SED vom 14.5.1953 noch am 28.5.1953 – also nur wenige Tage vor dem Kurswechsel – »eine Erhöhung der für die Produktion entscheidenden Arbeitsnormen um durchschnittlich mindestens 10 Prozent bis zum 1. Juni 1953« verfügt.⁴² Faktisch bedeutete das eine erhebliche Lohnreduzierung zur Senkung der Arbeits- und damit der Produktionskosten. Diese administrativ verfügte Erhöhung der Arbeitsnormen war zunächst nicht zurückgenommen worden. Sie löste am 15. und 16. Juni 1953 den berühmten Streik von Berliner Bauarbeitern aus, der am Anfang des Volksaufstandes in der DDR stand.⁴³

III

Der Aufstand, seine Ausdehnung, seine Intensität und sein Charakter sind seit nunmehr fünf Jahrzehnten Gegenstand intensiver, nach der Öffnung der DDR-Archive auch auf einzelne Regionen und Orte konzentrierter Forschung,⁴⁴ deren

40 Baron, Udo: Die fünfte Kolonne? Die evangelische Kirche in der DDR und der Aufbau des Sozialismus. In: Kowalczyk; Mitter; Wolle: Der Tag X (Anm. 21), S. 311–334, hier 322–326.

41 Kowalczyk, Ilko-Sascha: »Wir werden siegen, weil uns der große Stalin führt«. Die SED zwischen Zwangsvereinigung und IV. Parteitag. In: Kowalczyk; Mitter; Wolle: Der Tag X (Anm. 21), S. 171–242, hier 205 f. unterscheidet in den Tagen nach dem 11. Juni fünf Gruppen in der SED: Die größte Gruppe der Verunsicherten, Teile der Mitgliedschaft, die die bisherige Politik verteidigten und sich gegen den »Neuen Kurs« wendeten, überwiegend ehemalige SPD-Mitglieder, die auf eine Neukonstituierung der SPD hofften, eine deutliche Minderheit, die Rücktritte und eine Regierungsumbildung forderten, und eine fünfte Gruppe, die den Zick-Zack-Kurs der Parteiführung verteidigte.

42 Beschluss des ZK der SED vom 14.5.1953: »Über die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die Durchführung strengster Sparsamkeit«, abgedruckt in: Dokumente der SED, Bd. IV, S. 411–414; vgl. weiter Beschluss des Ministerrates »Über die Erhöhung der Arbeitsnormen« v. 28.5.1953. In: GBI. Nr. 72 v. 2.6.1953, S. 781–783.

43 Vgl. dazu Beier, Gerhard: Wir wollen freie Menschen sein. Der 17. Juni 1953. Bauleute gingen voran. Köln 1993. Berliner Bauarbeiter hatten besonders hohe Löhne, da sie auch in Westberlin arbeiten konnten.

44 Aus der umfangreichen Literatur zum 17. Juni können hier neben den bereits erwähnten Studien von Kowalczyk; Mitter; Wolle: Der Tag X (Anm. 21); Koop: Der 17. Juni (Anm. 27); Knabe: 17. Juni 1953 (Anm. 22); Kowalczyk: 17. Juni 1953 (Anm. 15) und Roth: Der 17. Juni 1953 in Sachsen (Anm. 15) nur wenige Werke der älteren und neueren Literatur erwähnt werden: Hildebrandt, Rainer: Der 17. Juni.

Ergebnisse in mehreren Aufsätzen dieses Bandes behandelt werden. Ich will mich daher auf wenige Thesen zum Umfang des Aufstandes, zu seinem Charakter und zu den Zielen der Aufständischen beschränken.

1. Der Aufstand war der Höhepunkt einer Krise der DDR, die mit der 2. Parteikonferenz einsetzte und seit Ende 1952 immer wieder zu punktuellen Streiks und Protesten geführt hatte. Er war nicht auf die Zeit vom 16. bis 21. Juni begrenzt, sondern fand seine Fortsetzung in einer ebenfalls von sozialen und politischen Forderungen bestimmten zweiten Streikwelle. Diese erreichte ihre Höhepunkte in einem Massenstreik im Carl-Zeiss-Werk in Jena am 10./11. Juli und in Protestaktionen und Streiks im Buna-Werk in Schkopau vom 15. bis 17. Juli.⁴⁵ Der von den sowjetischen Militärbefehlshabern am 17. und 18. Juni verhängte Ausnahmezustand über 176 der 217 Land- und Stadtkreise der DDR wurde in einigen Kreisen und Städten bereits nach wenigen Tagen, in Leipzig, Magdeburg, Halle und Ost-Berlin aber erst am 11. Juli 1953 aufgehoben.

2. Der Aufstand erfasste fast das gesamte Gebiet der DDR, wenn auch der Entwicklungsgrad der Unruhen, Proteste, Streiks und Demonstrationen regional und lokal sehr unterschiedlich war. Eindeutige Zentren des Aufstandes waren

Zehn Erlebnisgeschichten von Personen in verschiedenen Brennpunkten des Aufstandes. Berlin 1983; Baring, Arnulf: Der 17. Juni 1953. Bonn 1957. Letzte Fassung der 2. Aufl. Stuttgart 1983; Brant, Heinz (d. i. Klaus Harpprecht) unter Mitarbeit von Bölling, Klaus: Der Aufstand. Vorgeschichte, Geschichte und Deutung des 17. Juni 1953. Stuttgart 1954; Spittmann, Ilse; Fricke, Karl Wilhelm (Hg.): 17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR. Köln 1988; Fleming, Thomas: Kein Tag der deutschen Einheit. 17. Juni 1953. Berlin 2003; Mählert, Ulrich (Hg.): Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit. Bonn 2003; Knopp, Guido; Dreykluft, Friederike; Schlosshahn, Ricarda: Der Aufstand. 17. Juni 1953. Frankfurt/M. 2003; Wolff, Jochen (Hg.): Der Aufstand. Juni '53 – Augenzeugen berichten. Berlin 2003; Bentzien, Hans: Was geschah am 17. Juni? Vorgeschichte – Verlauf – Hintergründe. Berlin 2003; Diedrich, Torsten: Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk. Berlin 1991; Diedrich, Torsten: Waffen gegen das Volk. Der 17. Juni 1953 in der DDR. München 2003; Fricke, Karl Wilhelm; Engelmann, Roger: Der »Tag X« und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953. Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat. Bremen 2003. Aus der Literatur zur regionalen und lokalen Geschichte des Aufstandes vgl. Ciesla, Burghard (Hg.): »Freiheit wollen wir.« Der 17. Juni 1953 in Brandenburg. Eine Dokumentation. Berlin 2003; Karmrodt, Andreas: Der 17. Juni 1953 in Jena. Volk – Polizei – Partei. Erfurt 1997; Klein, Angelika: Die Arbeiterrevolte im Bezirk Halle. Potsdam 1993; Löhn, Hans-Peter: Spitzbart, Bauch und Brille – sind nicht des Volkes Wille! Der Volksaufstand am 17. Juni in Halle an der Saale. Bremen 2003; Moczarski, Norbert: Der 17. Juni 1953 im Bezirk Suhle. Vorgeschichte, Verlauf und Nachwirkungen. Versuch einer historiographischen Skizze anhand archivalischer Quellen. Erfurt 1996; Roth, Heidi: Der 17. Juni in Görlitz. Dokumentation zum Volksaufstand. Bautzen 1998; Rupiaper, Hermann-Josef (Hg.): »... und das Wichtigste ist doch die Einheit.« Der 17. Juni 1953 in den Bezirken Halle und Magdeburg. Münster, Hamburg, London 2003; Dikthauer, Wolfram: Der 17. Juni 1953 in Thüringen. Dokumente des Widerstandes während der SED-Diktatur. Gebesee 1995; Schwabe, Klaus: Der 17. Juni in Mecklenburg und Vorpommern. 2. Aufl., Schwerin 1995; zum Stand der Forschungen über den 17. Juni vgl. Kowalczuk, Ilko-Sascha: Der 17. Juni 1953. In: Eppelmann, Rainer; Faulenbach, Bernd; Mählert, Ulrich (Hg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Paderborn u. a. 2003, S. 160–166; Eisenfeld, Bernd; Kowalczuk, Ilko-Sascha; Neubert, Ehrhart: Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni in der deutschen Geschichte. Bremen 2004, bes. S. 657–747; Kowalczuk, Ilko-Sascha: Die gescheiterte Revolution – »17. Juni 1953«: Forschungsstand, Forschungskontroversen und Forschungsperspektiven. In: Archiv für Sozialgeschichte 44(2004), S. 606–664.

45 Vgl. zu dieser zweiten Streikwelle Mitter; Wolle: Untergang (Anm. 8), S. 128–139.

neben Ost-Berlin das mitteldeutsche Industriegebiet um Halle und Merseburg, Magdeburg sowie die Bezirke Dresden und besonders Leipzig in Sachsen. Auch mittelgroße und kleinere Städte wie etwa Brandenburg, Rathenow, Bitterfeld, Wolfen, Jena, Gera, Görlitz und Niesky wurden besonders heftig erfasst. Im Norden der DDR, vor allem in Mecklenburg-Vorpommern – aber auch im Bezirk Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) in Sachsen, wo der Repressionsapparat frühe und energische Gegenmaßnahmen einleitete –, wurden Proteste und Streiks oft schon im Keim erstickt.

Nach dem Stand der gegenwärtigen, vor allem für kleinere Gemeinden noch nicht abgeschlossenen Forschungen ist es in 701 der 5 585 Städte oder Gemeinden der DDR zu Demonstrationen, öffentlichen Kundgebungen, Streiks oder Gewalttätigkeiten gegen Personen und Einrichtungen gekommen. Darunter waren sämtliche 24 Städte mit über 50 000 Einwohnern und 157 der 190 Städte mit 10 000 bis 50 000 Einwohnern. In diesen Gemeinden über 10 000 Einwohnern lebte etwa die Hälfte der Bevölkerung der DDR. Insgesamt waren über eine Million Menschen am Volksaufstand beteiligt.⁴⁶ Die Versuche, die Bedeutung des Aufstandes mit dem Hinweis zu relativieren, dass nur eine kleine Minderheit der erwachsenen Bevölkerung und auch nur eine Minderheit der Arbeiter daran beteiligt war, scheinen mir unsinnig zu sein, da alle bekannten Aufstände und Revolutionen in der bisherigen Geschichte von einer Minderheit von aktiv Beteiligten getragen wurde. So waren auch an den Demonstrationen im Herbst 1989 weniger als eine Million Menschen beteiligt.

3. Es handelte sich bei dem Aufstand um einen Volksaufstand und nicht, wie in Teilen der Literatur behauptet wird,⁴⁷ um einen Arbeiteraufstand. Allerdings standen Streiks und Demonstrationen von Arbeitern am Beginn des Aufstandes, und Arbeiter stellten in den meisten Orten den größten Teil der Streikenden und der Demonstranten. Auch waren etwa 88 Prozent der im Zusammenhang mit ihren Aktivitäten beim Aufstand verurteilten Personen Arbeiter.⁴⁸ Aber Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft, darunter viele Frauen, schlossen sich den Demonstrationen an und nahmen an den großen öffentlichen Kundgebungen teil. Im Zentrum des Aufstandes standen auch nicht die spezifischen Probleme einzelner Klassen und sozialer Schichten und Gruppen oder innerbetriebliche Forderungen, sondern allgemeine politische und auch nationale Ziele.

Letztlich waren an dem Aufstand alle sozialen Schichten, wenn auch in unterschiedlichem Grad, beteiligt. Dazu gehörten neben den Arbeitern die Angestellten, die in einigen Streikleitungen sogar eine entscheidende Rolle spielten, die technische Intelligenz, die kleinen Gewerbetreibenden und in einigen Dörfern auch die Bauern und die übrige ländliche Bevölkerung. Dabei spielte auf dem

46 Kowalczyk: 17. Juni 1953 (Anm. 15), S. 103 f. u. 284–293.

47 Diese Auffassung wurde insbesondere auch in dem sehr einflussreichen, 1957 erstmals veröffentlichten Buch von Baring: Der 17. Juni 1953 (Anm. 44), S. 39, Aufl. von 1983, S. 69, vertreten.

48 Kowalczyk: 17. Juni 1953 – Arbeiteraufstand (Anm. 1), S. 11.

Land der Protest gegen die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die hohen Ablieferungsverpflichtungen und die Kritik an Bürgermeistern und Gemeindeverwaltungen, die die Interessen der Landbevölkerung ignorierten, eine besondere Rolle.⁴⁹ Allerdings konnte die SED-Führung der sich anbahnenden Oppositionsbewegung auf dem Lande geschickt den Wind aus den Segeln nehmen, indem sie zunächst auf die Durchsetzung der Zwangskollektivierung verzichtete.⁵⁰

Bei den Angehörigen der so genannten Intelligenz lassen sich drei Gruppen identifizieren. Die Mehrheit verhielt sich zurückhaltend und abwartend; eine kleinere Gruppe opponierte gegen die Regierung, während die schwächste Gruppe sich offen auf die Seite des Regimes stellte. Die letztere Gruppe hatte ihre stärkste Stütze in der künstlerischen Intelligenz und den Universitätslehrern,⁵¹ die dann allerdings – ebenso wie die Studenten – bei dem vergeblichen Bemühen zur Schaffung eines humanitären, demokratischen Sozialismus im Rahmen der DDR in der Krise des Jahres 1956 eine zentrale Rolle spielten.⁵² Selbst in der SED haben sich viele Mitglieder und auch einige untere und mittlere Funktionäre den Streiks und Demonstrationen angeschlossen.⁵³

Die vergleichsweise geringe soziale Differenzierung in der DDR und das Fehlen autonomer gesellschaftlicher Subsysteme, die Proteste einzelner Bevölkerungsgruppen hätten kanalisieren und vom Angriff auf die Staatsmacht ableiten können, haben das Übergreifen der Streiks und Demonstrationen auf andere soziale Schichten begünstigt. Der Aufstand war so nicht Ausdruck eines Klassenkampfes, sondern eine Rebellion der Massen der Bevölkerung gegen die Herrschenden und das von ihnen getragene politisch-soziale System.⁵⁴ Die Zentren und Symbole der Herrschaft, die Verwaltungsstellen der Partei, der FDJ, des FDGB, der Volkspolizei und der Staatssicherheit, die Bürgermeistereien, die Gerichte und die Haftanstalten waren so auch die Hauptobjekte, gegen die sich der Zorn der Aufständischen richtete.⁵⁵

49 Vgl. zur Haltung der Landbevölkerung Mitter: »Am 17.6.1953 haben die Arbeiter gestreikt, jetzt aber streiken wir Bauern« (Anm. 21), S. 75–128; Brant: Der Aufstand (Anm. 44), S. 246–256; Knabe: 17. Juni 1953 (Anm. 22), S. 232–242; Bauer: Blockpartei (Anm. 21), S. 388–396.

50 Vgl. Kluge, Ulrich: Die verhinderte Rebellion. Bauern, Genossenschaften und SED im Umfeld der Juni-Krise 1953 in der DDR. In: Kieseritzky, Wolther von; Sick, Klaus Peter (Hg.): Demokratie in Deutschland. Chancen und Gefährdungen im 19. und 20. Jahrhundert. Historische Essays. München 1999, S. 317–335.

51 Kowalczyk, Ilko-Sascha: Volkserhebung ohne Geistesarbeiter? Die Intelligenz in der DDR. In: Kowalczyk; Mitter; Wollé: Der Tag X (Anm. 21), S. 129–169; Kowalczyk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961. Berlin 2003, S. 525–533.

52 Ritter, Gerhard A.: Weder Revolution noch Reform. Die DDR im Krisenjahr 1956 und die intellektuellen. In: Kieseritzky; Sick: Demokratie (Anm. 50), S. 336–362.

53 Kowalczyk: »Wir werden siegen...« (Anm. 41), S. 209–211.

54 So spricht bereits 1954 Heinz Brant (d. i. Klaus Harpprecht): Der Aufstand (Anm. 44), S. 318, von einer »klassenlosen Revolution«.

55 Vgl. Koop: Der 17. Juni (Anm. 27), S. 350.

Die Bezeichnung des Aufstandes als »gescheiterte Revolution«⁵⁶ halte ich allerdings für überzogen, da zu einer Revolution die Eroberung der Zentren der Macht und zumindest der ernsthafte Versuch zur Etablierung einer neuen politischen Herrschaft gehört. Dazu hatten die Aufständischen keine Zeit. Die Organisation der spontanen Erhebung lag zunächst bei den Streikleitungen der Betriebe, die per Akklamation gewählt wurden. Daneben gab es in einer Reihe von Orten überbetriebliche, in einigen Fällen sogar koordinierende, überlokale Streikleitungen. Zur kurzfristigen Übernahme öffentlicher Institutionen ist es offenbar nur in Bitterfeld, wo ein wie eine Stadtregierung funktionierendes Streikkomitee der Stadt praktisch alle lokalen Machtzentralen besetzen ließ,⁵⁷ und besonders in der geteilten Stadt Görlitz,⁵⁸ unmittelbar an der Grenze zu Polen, durch die Bildung eines Stadtkomitees und die Schaffung einer Bürgerwehr, die vor allem Plünderungen verhindern sollte, gekommen.

4. Der Aufstand stand in der Tradition der deutschen und europäischen Freiheitsbewegungen und besonders der Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, die auch 20 Jahre nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten noch an vielen Orten lebendig war. Die Forderung nach Solidarität mit den streikenden Berliner Arbeitern stand am Beginn vieler Streiks und Demonstrationen im Lande. Die Solidarität mit den inhaftierten Kollegen, deren sofortige Freilassung gefordert wurde, war auch ein entscheidender Impuls in den Belegschaftsversammlungen nach der Niederschlagung des Aufstandes und der Auslösung der zweiten Streikwelle im Juli. Solidarität war ein spezifischer Wertbegriff der Arbeiter, der seit der Mitte des 19. Jahrhunderts entscheidend zur Mobilisierung von Arbeitern für die Arbeiterorganisationen und zur Begründung ihrer Aktionen beigetragen hatte.

Die Zentren des Aufstandes waren weitgehend auch Zentren und Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung gewesen. Die Kampfformen – Streiks und Bildung von Streikleitungen zur Formulierung und Vertretung von Forderungen und seit den Wahlrechtskämpfen zur Reform des preußischen und sächsischen Dreiklassenwahlrechts nach der Jahrhundertwende auch große Demonstrationen – beruhten auf typischen Waffen aus dem Arsenal der deutschen Arbeiterbewegung. Die Forderung der Streikleitungen nach Gewaltlosigkeit und Disziplin konnte wegen des massenhaften Zustroms vor allem von Jugendlichen nicht immer durchgesetzt werden. Es ist aber kennzeichnend, dass es bei den Angriffen auf Gebäude sich um Objekte des Staates und der SED handelte. In keinem Ort kam es zum Angriff auf Fabriken und zur Zerstörung von Maschinen.⁵⁹ Immer wieder wird schließlich in den Quellen berichtet, dass die Demonstranten die be-

56 So Mitter, Armin: Der »Tag X« und die »Innere Staatsgründung« der DDR. In: Kowalczyk; Mitter; Wollé: Der Tag X (Anm. 21), S. 9–30, hier 25–27.

57 Knabe: 17. Juni 1953 (Anm. 22), S. 209–217; Kowalczyk: 17. Juni 1953 (Anm. 15), S. 203–205.

58 Vgl. Roth: Der 17. Juni in Görlitz (Anm. 44); Knabe: 17. Juni 1953 (Anm. 22), S. 217–231; Kowalczyk: 17. Juni 1953 (Anm. 15), S. 235–240.

59 Koop: Der 17. Juni 1953 (Anm. 27), S. 339.